

Automatic model reduction of differential algebraic systems by proper orthogonal decomposition.

"seit dem ende des ost-west-gegensatzes und dessen stabilisierender wirkung auf alle internationalen beziehungen sieht sich die westliche welt mit einer zunehmenden zahl von konflikten mit regionalen bzw. globalen auswirkungen konfrontiert, die sich auf ihre eigene sicherheitspolitische lage auswirken und sie somit zum handeln zwingen. im gegensatz zum klassischen zwischenstaatlichen krieg bedarf es zur lösung dieser konflikte neuer instrumentarien bzw. strategien. man gelangte zu der überzeugung, dass den sicherheitspolitischen herausforderungen nur mit einem komplementären vorgehen beim krisenmanagement, d.h. der verknüpfung militärischer und ziviler instrumente und fähigkeiten, begegnet werden kann. im laufe der 1990er jahre wurden die internationalen kriseninterventionen immer komplexer und die berührungspunkte zwischen militärischen und zivilen akteuren nahmen zu. folgerichtig wurden überlegungen angestellt, wie diese zivil-militärischen beziehungen geregelt werden können. im rahmen der nato wurde ende der 1990er jahre die militärische antwort in form des konzepts der 'civil-military-co-operation' (cimic) geliefert, die auch zur grundlage des deutschen konzepts der 'zivil-militärischen zusammenarbeit der bundeswehr im ausland' (zmz/a) wurde. in dieser arbeit soll zunächst das theoretische cimic-konzept anhand der maßgeblichen dokumente der nato und der bundeswehr erläutert werden. ergänzend soll dabei auch auf die vorstellungen der zivilen seite zur gestaltung zivil-militärischer beziehungen bzw. auf andere formen der kooperation (prt) verwiesen werden. anschließend wird die praktische cimic-arbeit am beispiel des bundeswehreinsatzes in afghanistan dargestellt."

1. Einleitung

Bereits seit den 1980er Jahren problematisieren sozialwissenschaftliche Geschlechter-forscherinnen und Gleichstellungspolitikern Teilzeitarbeit als hoch ambivalente Strategie für Frauen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Kritisiert werden mangelnde Existenzsicherung, fehlendes Prestige und die geschlechterhierarchisierende vertikale und horizontale Arbeitsmarktsegregation (Jurczyk/ Kudera 1991; Kurz-Scherf 1993, 1995; Floßmann/Hauder 1998; Altendorfer 1999; Tálos 1999). In wohlfahrtsstaatlichen Arbeiten wird kritisch hervorgehoben, dass Ideologie und Praxis von Teilzeitarbeit, die als „Zuverdienst“ von Ehefrauen und Müttern zum männlichen Familieneinkommen konstruiert werden, das *male-breadwinner*-Modell (Sainsbury 1999) selbst dann noch stützen, wenn dieses angesichts hoher struktureller Erwerbslosigkeit und der Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse bereits erodiert ist. Als frauenpolitisch intendiertes Instrument wird schließlich Teilzeitarbeit als verkürzte „Bedürfnisinterpretation“ (Fraser 1994) identifiziert: Die Arbeitszeitreduktion von Frauen wird als

Vereinbarung von Familie und Beruf, nicht aber von Familie und Karriere gedacht und realisiert.

Aus der Sicht von PolitikerInnen, Führungskräften und SozialwissenschaftlerInnen verlangen hochqualifizierte Funktionen und leitende Positionen, d.h. Arbeitsplätze, die mit Macht, Geld und gesellschaftlichem Ansehen ausgestattet sind, ungeteilten Einsatz, Anwesenheit und Loyalität. Leitbilder von Führung enthalten die Prämisse der „Rund-um-die-Uhr-Verfügbarkeit“ im Sinne eines weit über die Normalarbeitszeit hinausgehenden zeitlichen Engagements (Burla et al. 1994; Kieser et al. 1995).

Demgegenüber gibt es aber empirische Evidenzen dafür, dass Leitungsfunktionen im Rahmen verkürzter Arbeitszeit wahrgenommen werden können. Ein Beispiel sind öffentlich Bedienstete, die in Österreich zur Ausübung eines politischen Demgegenüber gibt es aber empirische Evidenzen dafür, dass Leitungsfunktionen im Rahmen verkürzter Arbeitszeit wahrgenommen werden können. Ein Beispiel sind öffentlich Bedienstete, die in Österreich zur Ausübung eines politischen Man2007s (Nationalrat, Bundesrat, Landtag) ihre Arbeitszeit reduzieren und ihre berufliche Tätigkeit, selbst in leitenden Positionen, weiter ausüben. Die entsprechenden gesetzlichen Regelungen, die